



Einkommensschwache Familien entlasten!

Ab 2013 wird ein weiterer wichtiger Schritt für die Entlastung von Familien in Basel-Stadt erreicht sein. Zukünftig werden die Familienmietzinsbeiträge auch an einkommensschwache Familien mit Jugendlichen bis 25 Jahre, die im gleichen Haushalt wohnhaft sind, ausgeschüttet. Für Familien mit Jugendlichen, die in einer längeren Ausbildung sind und aus finanziellen Gründen weiterhin zu Hause wohnen, ist das eine sehr

wichtige Entlastung. Auch wird neu ein Geschwisterbonus eingeführt, damit Familien mit Kindern im Vorschulalter, deren Betreuungsaufwand sehr gross ist, bei den Mietzinsen entlastet werden können. Ergänzungsleistungen sind ein wichtiges Instrument, um Personen mit niedrigem Einkommen bei den Fixkosten unter die Arme zu greifen. Insbesondere einkommensschwache Familien, die aus dieser Perspektive gesehen

zusätzlich die finanzielle Last von Kindern zu tragen haben, sollten speziell von solchen Ergänzungsleistungen profitieren: ohne grossen Aufwand, niederschwellig, unkompliziert und schnell. Mit den neuen Regelungen betreffend die Mietzinsbeiträge und den Bemühungen des Kantons, das System für die betroffenen Personen und Familien im Rahmen der bestehenden Leistungen zu verbessern und zu vereinfachen, sowie leicht

zugänglich und übersichtlich zu gestalten, wird unkompliziert ein wichtiger Beitrag zum Wohl von Familien mit kleinem Budget geschaffen. Dies ist insbesondere mit Blick auf die weiter steigenden Mietzinsen erfreulich.



Salome Hofer
Grossrätin
SP Basel-Stadt

Ergänzungsleistungen realisieren!

Im Baselbiet besteht in der Familienpolitik, besonders nach der Ablehnung des Gesetzes für die familienergänzende Betreuung (FEB-Gesetz) vom letzten März, ein grosser Handlungsbedarf. Diesen hat schon der 2010 publizierte Familienbericht konstatiert. Realisiert worden ist aber seither kaum etwas. Die Regierung hat es sogar verpasst, sich hinter das FEB-Gesetz zu stellen, das ursprünglich von ihr ausgegangen war.

Dabei gäbe es einiges zu tun. So wartet die bereits vor zwei Jahren vom Landrat überwiesene

SP-Motion für die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien nach wie vor auf eine Umsetzung. Alle Untersuchungen zeigen, dass der Bedarf für eine solche Unterstützung von Familien – vor allem von Alleinerziehenden – eine dringliche Angelegenheit ist. Denn mit dieser Massnahme könnten Familien vor einer Sozialhilfeabhängigkeit bewahrt werden.

Dasselbe Ziel, die Vermeidung von Sozialhilfeabhängigkeit, verfolgt auch das Instrument der Ausrichtung von Mietzinsbeiträ-

gen. Im Baselbiet haben Familien, Alleinerziehende, Rentenbezüglerinnen und Rentenbezügler in bescheidenen finanziellen Verhältnissen Anspruch auf Entlastung von übermässig hohen Mietzinsbelastungen. Bei der Ausgestaltung der konkreten Beitragsansprüche und deren Durchsetzung kommt im Baselbiet den Gemeinden eine wichtige Rolle zu. Gefordert ist hier die Gemeindepolitik in den einzelnen Sektionen.

Ceterum censeo: Auch wenn die aktuellen familienpolitischen Herausforderungen in Stadt und

Land nicht exakt dieselben sind, in einem Punkt sind sie sicher gleich: Es wäre für alle einfacher, wenn in beiden Kantonen dieselben Ansprüche und Möglichkeiten einer Unterstützung von Familien gewährleistet sind. Ein Argument mehr für einen Kanton Basel.



Ruedi Brassel
Landrat und Sekretär
der SP Baselland

INITIATIVE «SCHLUSS MIT DEN STEUERPRIVILEGIEN!»

Keine Extrawurst für Privilegierte

Mehr als 170 000 Steuerpflichtige in Baselland deklarieren jährlich ihre Einkommen und Vermögen. Einige wenige ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz kein Einkommen erzielen, haben das Privileg, über die gewünschte Höhe ihrer Abgaben verhandeln zu können. Das ist nicht gerecht.

Die Pauschalbesteuerung widerspricht auch unserer Verfassung, die vorsieht, dass die Steuern aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erhoben werden. Der Pauschalbesteuerte hingegen kann seinen Lebensaufwand angeben und die Steuerverwaltung

ermittelt anhand dieser Deklaration die Bemessungsgrundlage (in der Regel den fünffachen Eigenmietwert). Damit werden Privilegien für bereits Privilegierte geschaffen.

Auslaufmodell

Kantone wie Zürich und Schaffhausen haben die Pauschalbesteuerung bereits abgeschafft, in anderen Kantonen laufen die Volksinitiativen. Im Kanton Basel-Stadt ist die zuständige Grossratskommission für die Abschaffung, der Entscheid des Rats fällt im Herbst.

Zum heutigen Zeitpunkt ist in BL der Beitrag der Pauschalbesteuerten an den Gesamtsteuerertrag sehr gering (weniger als 1‰). Auch eine teilweise Abwanderung wäre also finanziell zu verkraften. Erfahrungen aus dem Kanton Zürich haben aber gezeigt, dass sich der Ertragsverlust wegen Abwanderung und die erhöhten Steuereinnahmen dank der regulären

Besteuerung in etwa die Waage halten oder dass sogar eher Mehrerträge resultieren.

Landrat sagt JA zur Initiative

Eine Mehrheit des Landrats unterstützt die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Auch die Bürgerlichen wollen eine Änderung der heutigen Regelung. Sie unterstützen den Gegenvorschlag zur Initiative. Doch dieser Gegenvorschlag ist vor allem eines: Kosmetik. Er erhöht die Schwelle, ab der überhaupt Pauschalbesteuerungsabkommen

geschlossen werden können und verlangt eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage. Das grundsätzliche Problem der ungerechten Besteuerung wird damit aber nicht behoben.

Nur eine komplette Abschaffung der Pauschalbesteuerung schafft mehr Steuergerechtigkeit!



Kathrin Schweizer
Präsidentin der Landratsfraktion SP Baselland



KAMPAGNENMATERIAL

«Schluss mit den Steuerprivilegien!»

Kampagnen-Elemente der Abstimmung vom **23. September**:

- **Website** www.keine-extrawurst.ch wurde aktualisiert (mit **Zeichnungsfilm!**)
- **Flyer** an sämtliche Haushalte
- **Plakate** im ganzen Kanton
- **Podiumsdiskussion** – u. a. mit Susanne Leutenegger Oberholzer und Adrian Ballmer – am 5. September in der Mittenza in Muttenz
- **Standaktionen** in verschiedenen Gemeinden

Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung bewirkt mehr Gerechtigkeit im Kanton Baselland! Um die Leute von unseren Argumenten zu überzeugen, ist der Einsatz aller Sektionen gefordert. Wir zählen auf Euch!

WAHLKAMPFAGENDA SP BASEL-STADT

Samstag, 25. August
Kantonaler Aktionstag

Samstag, 8. September
Kantonaler Aktionstag

Dienstag, 11. September
«Voll Mann! Karrieredaddys mit Teilzeitjobs», Gleichstellung ist auch Männersache
Mit Barbara Schneider und Markus Theunert, 19.30 Uhr, Volkshaus, Galeriesaal

Samstag, 15. September
Grosses SP Fest für alle
Theaterplatz, 11–19 Uhr

Mittwoch, 19. September
Ballonwahlkampfaktion der SP Frauen
Marktplatz (Brunnen),
17.45 Uhr

Samstag, 22. September
Stadtspaziergang
mit Christoph Brutschin, Eva Herzog und Hans-Peter Wessels und den SP-GR-KandidatInnen des Wahlkreises Kleinbasel, 10 Uhr

Details zu allen Veranstaltungen und Anmeldungen siehe www.sp-bs.ch

AGENDA SP BASELLAND

Donnerstag, 23. August
Delegiertenversammlung der SP BL
Kuspo (Foyer), Münchenstein,
19.30 Uhr

Freitag, 24. August
Grillfest SP Binningen
siehe Website Sektion

Mittwoch, 5. September
Podiumsdiskussion «Schluss mit den Steuerprivilegien»
Mittenza, Muttenz, 19.30 Uhr

Mittwoch, 12. September
Sektionskonferenz
Buch- und Kaffeebar nasobem,
Basel, 18.30 Uhr

Donnerstag, 13. September
«Brennpunkt» mit Beat Jans zum Thema Raumplanung
organisiert von den SP-Sektionen des Bezirks Waldenburg
Bürgerstube, Hölstein, 20 Uhr

Sonntag, 23. September
Abstimmungssonntag
u. a. unsere Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien»

LÄNGERE LADENÖFFNUNGSZEITEN

Mehr Schaden als Nutzen!

Eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten bringt kaum wirtschaftlichen Nutzen, aber dem Verkaufspersonal Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Im Juni beschloss der Grosse Rat, dass die Geschäfte in Basel in Zukunft am Samstag bis um 20:00 Uhr offen sein sollen. Zudem werden zwei Adventssonntage gesetzlich als offene Sonntage festgehalten und die Regierung kann zwei zusätzliche Sonntage pro Jahr für spezielle Anlässe definieren.

Ein breites Komitee, inklusive SP, hat das Referendum dagegen ergriffen. Nach nur einer Woche waren über 2400 Unterschriften gesammelt: Die Bevölkerung weiss, dass längere Ladenöffnungszeiten unnötig sind.

Kaum wirtschaftlicher Nutzen

Unbestritten: Der starke Franken schadet dem Detailhandel, gerade in unserer Grenzregion. Doch es ist neoliberaler Irrglaube, mit

längeren Ladenöffnungszeiten die Euroschwäche und den Einkaufstourismus wettmachen zu können. Studien aus dem Ausland und des Seco zeigen, dass diese nur zu marginalen Umsatzsteigerungen, und nur bei den Grossdetailisten, führen. Also gibt es eine

Umsatzverlagerung hin zu den Grossen und an die Randzeiten, statt Umsatzsteigerungen für alle Geschäfte.

Schadet vielen

Im Detailhandel Basel-Stadt gibt es keinen Gesamtarbeitsvertrag, die Arbeitsbedingungen sind nur gesetzlich geregelt. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Detailhandel liegt heute bei

etwa 42 Stunden, erlaubt wären für die grossen Detailisten 45 und für die kleinen Läden 50 Stunden. Bei der Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten würden in einer idealen Welt Stellen geschaffen. In der Realität (s. erwähnte Studien) führt dies zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des bestehenden Personals: Erhöhung der Wochenarbeitszeiten zum selben Lohn, mehr Flexibilität, keine Planbarkeit von Arbeit und Leben mehr. Das sind massive Einschnitte ins Arbeits- und Privatleben, gegen die sich das Verkaufspersonal zu Recht wehrt.

Und: Heisst Freizeit nur noch Shopping?

S. Eichenberger



Toya Krummenacher
Kandidatin Grossbasel
West, UNIA NWCH

REGIERUNGSRATSWAHLEN 2012

Erfolgreich für Basel

Mit der erfolgreichen Politik der rot-grünen Regierungsmehrheit wollen wir weiterhin die Zukunft Basels gestalten und allen Bewohnerinnen und Bewohnern eine lebenswerte Zukunft mit hoher Lebensqualität sichern.

Die erfolgreiche Politik unserer drei RegierungsrätInnen Eva Herzog, Christoph Brutschin und Hans-Peter Wessels zusammen mit Guy Morin hat Basel in den letzten Jahren weitergebracht. Ihr Leistungsausweis in den verschiedensten Bereichen der Politik ist vielfältig. Eine rot-grüne Regierungsmehrheit garantiert die Fortsetzung dieser Politik. Sie wird Basels Zukunft aktiv gestalten und die notwendigen Akzente setzen.

Basel ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Diese Stärke ist zum Nutzen von Gewerbe und Wohnbevölkerung aktiv zu pflegen. Mit der Unterstützung

von Qualifikations- und Weiterbildungsangeboten, aber auch der Förderung weniger spezialisierter Jobs, können Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, das hochstehende Bildungswesen und ein vielfältiges Kulturleben müssen dabei allen zugänglich sein. Zur Standortattraktivität gehört das Schaffen von neuem, bezahlbarem Wohnraum.

Unerwünschte Entwicklungen in der Bevölkerungsstruktur sollen rechtzeitig erkannt und Gegenmassnahmen eingeleitet werden. Sozialleistungen sollen gezielt den von Armut bedrohten Menschen zugute kommen, etwa durch höhere Familien-Mietzinsbeiträge oder

Verbesserungen bei den Alimenten. Den Menschen, die Sozialhilfe empfangen, ist die Wiedereingliederung in den Erwerbsprozess, Eigenständigkeit und Lebensqualität zu ermöglichen.

Es ist mehr Platz für Grün- und Freiräume zu schaffen, indem verdichtetes Bauen gefördert wird und Massnahmen zur Reduktion von Verkehrsflächen eingeleitet werden. Die Aufenthaltsqualität am Rheinbord soll über die Grenzen im Norden und Osten hinaus weiter verbessert werden. Die bisherigen Massnahmen für den Fussgänger-, Velo- und öffentlichen Verkehr sind gezielt fortzuführen und sollen bei zukünftigen Verkehrsinfrastrukturprojekten uneingeschränkte Priorität erhalten. Die Verkehrsberuhigung in den Wohnzonen (Tempo 30) ist flächendeckend über das ganze Stadtgebiet einzuführen.

Das Dreispitzareal als Gewerbe- und Wohngebiet mit gutem Anschluss an den öV soll weiterentwickelt werden, damit Basel den Anforderungen an einen modernen Standort mit genügend Wohnungen gerecht wird. Dies gilt auch für den Klybeck-Hafen. Die attraktive Lage am Rhein eignet sich vorzüglich für eine beispielhafte Entwicklung und bietet die einmalige Chance zur Gestaltung eines Quartiers mit hoher Lebensqualität nach ökologischen Kriterien.

Kurz zusammengefasst: Mit gesunden Staatsfinanzen wollen wir mit der rot-grünen Regierungsmehrheit Basel erfolgreich gestalten! Dafür setzen wir uns im Wahlkampf ein.



Martin Lüchinger,
Präsident SP Basel-Stadt

ÖFFENTLICHER RAUM

Was eine Stadt ausmacht

Es lebt sich gut in Basel. Die Stadt ist attraktiv für Jung und Alt, sie bietet gute Wohnmöglichkeiten, kurze Arbeitswege und eine urbane Kultur. Das erklärte Ziel der SP ist es, diese Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern. Eine entscheidende Rolle spielt dabei auch die Nutzung des öffentlichen Raums.

Die Strassen, Plätze und Pärke der Stadt sind mehr als nur Verkehrswege oder Pausenplätze. Die Allmend hat im Leben unserer Gemeinschaft entscheidende Bedeutung. Öffentlichkeit ist die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Und Öffentlichkeit braucht Platz. Die frei zugänglichen Räume Basels sind die Grundlage für Begegnung, Austausch und Innovation. Der Allmendboden ist die Bühne des urbanen Lebens.

Es tut sich einiges im und um den öffentlichen Raum herum. Die unterschiedlichen Erwartungshaltungen von privaten Nutzern, Anwohnern, Veranstaltern und Behörden bergen Konfliktpotenzial. Im Juni wurde die Vernehmlassung des bezeichnenderweise NÖRG genannten Gesetzes zur Nutzung des öffentlichen Raums abgeschlossen. Positiv an der Vorlage ist, dass sie die Regelungen für unterschiedliche Nutzungsarten vereinheitlicht und den Begriff des öffentlichen Raumes weiter fasst als jenen der Allmend im bisherigen Gesetz von 1927.

Trotzdem wirft das NÖRG mehr Fragen auf, als es beantwortet. Die wichtigsten Entscheide

zur Nutzung des öffentlichen Raums werden auf die Verordnungsebene verlagert. Die Beurteilung des NÖRG ist von der Umsetzung dieser weiteren Erlasse und Beschlüsse abhängig. Basel braucht neue Lösungen und nicht einfach eine Fortschreibung der unbefriedigenden Bewilligungspraxis. So besteht beispielsweise ein Bedürfnis nach unkomplizierten Bewilligungsverfahren.

Die Nutzung des öffentlichen Raumes erfolgt durch die BürgerInnen und nicht durch die Verwaltung. Um die Stadt als Ort der Be-

gegnung zu pflegen, darf das Leben auf der Allmend nicht bürokratisiert werden. Bürgerinnen und Bürger, die etwas auf die Beine stellen möchten, sollen unterstützt werden. Denn Basel profitiert von einem vielseitig belebten öffentlichen Grund.

Claudio Miozzari
Kandidat Kleinbasel,
Geschäftsführer Kulturstadt Jetzt



Areal: Symbol der Zwischennutzung sieht seinem Ende entgegen

NACH DEM DEBAKEL VOM 17. JUNI

Sparpaket BL – wie weiter?

Kurz vor den Sommerferien erlitt die bürgerliche Finanzpolitik eine überraschend deutliche Abfuhr. Steuersenkungs- und Sparminister Ballmer hat den Bogen offenbar überspannt. Davon zeugten bereits im Vorfeld der Abstimmung vom 17. Juni die vielen Petitionen und Initiativen, welche sich gegen den drohenden Abbau beim ÖV, bei der Bildung, bei den Wanderwegen und gegen den Verkauf der Schlösser Wildenstein und Bottmingen richteten. Nicht nur das Entlastungsrahmengesetz, ein Sammelsurium von sieben ganz unterschiedlichen Gesetzesänderungen, welches Einsparungen in der Höhe von 26 Millionen Fran-

ken hätte bringen sollen, fand keine Gnade. Auch das Bausparen, eine Baselsbieter Erfindung notabene, wurde zu Grabe getragen. Per saldo fehlen nun 20 der angestrebten 180 Millionen Franken.

Der Landrat hat im Rahmen der Budgetberatungen für das laufende Jahr 70 Millionen eingespart. Im März sind weitere Massnahmen im Wert von 40 Millionen beschlossen worden. Die restlichen 50 Millionen sollen mit directionsübergreifenden Massnahmen eingespart werden. Dabei sollen zum Beispiel Verträge mit Basel-Stadt neu verhandelt werden. Die Regierung selbst hatte das Plebiszit zur Vertrauensfrage hochstilisiert

und betont, es gebe keine Alternativen. Sie wird aber nicht darum herumkommen, das zu tun, wofür sie gewählt worden ist. Nämlich zu regieren. Das heisst nichts anderes, als eben doch einen Plan B aufzulegen und aufzuzeigen, wie es weitergehen soll. Die SP BL erwartet Vorschläge nicht nur auf der Ausgaben-, sondern auch auf der Einnahmenseite. Weitere Steuersenkungen, insbesondere für Vermögende, kommen nicht in Frage! Hingegen könnten wir uns eine moderate, eventuell befristete, Steuererhöhung von zwei bis drei Prozent vorstellen, welche die fehlenden 20 Millionen abdecken würde. Es besteht aber nicht nur

finanzpolitisch Handlungsbedarf. Das Image des Kantons hat stark gelitten. Wir müssen ihm auch wieder eine Perspektive, eine positive Identität verschaffen. Mit Sparen und teuren Umfahrungsstrassen alleine wird das nicht gelingen. Zusammen mit Basel-Stadt wäre beispielsweise in der Energie- und in der Spitalpolitik Ähnliches möglich wie in der Bildungspolitik.



Martin Rüegg
Parteipräsident und Landrat